Protokoll
der 4. Sitzung
des Umsetzungs-Teams

Selbstbestimmt Leben
und soziale Teilhabe,
Reisen, Erholung und Freizeit,
Kunst und Kultur

vom 04. März 2024

# Logo Land TirolProtokoll der vierten Sitzung des Umsetzung-Teams Selbst-bestimmt Leben und soziale Teilhabe,Reisen, Erholung und Freizeit, Kunst und Kultur vom 04. März 2024

Leitung Umsetzungs-Team:
**Kurt Ziegner**

Koordinatoren zur Umsetzung des Tiroler Aktions-Plans:
**Julia Kantschieder**

Gebärden-Sprach-Dolmetschung: **Sabine Egg** und **Monika Pfattner**

Schrift-Dolmetschung: **Agnes Tauscher und Julia Lechner**

Visualisierung und Zusammen-Fassungen in einfacher Sprache:
**Caroline Steinmair**

## Anwesende Personen:Thalmair ReneAmt der Tiroler Landes-RegierungAbteilung Verfassungs-Dienst

## Kristof WidhalmBehinderten – Anwalt

## Sarah StorfBüro Landesvolks – Anwältin

Bernhard Derfeser
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Wohnbau - Förderung

Theresa Auer
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Gesellschaft und Arbeit

Martin Steinlechner
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Soziales

Eva Linkeseder
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Inklusion und Kinder- und Jugend-Hilfe

Ludwig Plangger
Arge Sodit

Maria Kerber
Nutzer\_innen – Vertretung

Timea Morent
Pro mente Tirol

Ramona Weber
Arbas – Arbeits-Assistenz

Birgit Christanell
Tiroler Interessen-Verband
für psycho-soziale Inklusion – TIPSI

Julia Golser
Selbst-bestimmt Leben gGmbH

Loretta Hörtnagl-Gassler
Selbst-bestimmt Leben gGmbH

Silke Thurner
Institut für Sozialdienste – Ifs SIB Tirol

Ramona Triendl
VIANOVA Eltern-Verein

Alexandra Flür
Psycho-sozialer Pflege-Dienst Tirol – PSP

Hermine Unus
Verein AMB Tirol
Angehörige von Menschen mit Behinderungen

Gerda Sitar-Wagner
Verein AMB Tirol
Angehörige von Menschen mit Behinderungen

Karl Medwed
Verein AMB Tirol
Angehörige von Menschen mit Behinderungen

Edith Bertel
Angehörigen-Vertreterin

Maria Heidegger
Angehörigen-Vertreterin

Mathias Bestle
IWO Tirol

## Monika Mück-EggKommBi

## Gehörlosen-Verband Tirol

Hannah Peer
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Inklusion und Kinder- und Jugend-Hilfe

Claudia Gasser – Mair
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Inklusion und Kinder- und Jugend-Hilfe

Christian Obermayr
Universität Innsbruck

Rebekka Burkes
Universität Innsbruck

## Nicht anwesende Personen:

## Elke Larcher-Bloder

## Amt der Tiroler Landes-Regierung

## Abteilung Verfassungs-Dienst

Andreas Schreieck
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Wald-Schutz

Ingrid Koler-Wöll
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Verfassungs-Dienst

Martin Kofler
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abt. Tourismus

Peter Nimmrichter
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Tourismus

Melanie Wiener
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Kultur

Tugba Sahiner – Kaynak
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Soziales

Susanne Fuchs
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Inklusion und Kinder- und Jugend-Hilfe

Simon Wallner
Amt der Tiroler Landes-Regierung
Abteilung Sport

Heike Moroder
Nutzer:innen-Vertretung

Andrea Reinstadler-Hopfgartner
Nutzer:innen-Vertretung

Veronika Mair
Arge Sodit

Marianne Hengl
ROLLON Austria

Wolfgang Grünzweig
Behinderten-Beirat der Stadt Innsbruck

Gerald Daringer
Tiroler Behinderten-Sport-Verband

Daniela Pittl
Wibs – Wir informieren, beraten und bestimmen selbst

Elisabeth Moser
Pro mente Tirol

Michaela Paskuttini
Lebens-Hilfe Tirol

Lorenz Kerer
Lebens-Hilfe Innsbruck

Stefan Salzgeber
Arge Sodit

Mark Neuner
Inklusions- und Kooperations-Management – IKM Tirol

Barbara Tschann
Inklusions- und Kooperations-Management – IKM Tirol

Patrizia Egger
Selbstbestimmt – Leben gGmbH

Angelika Sonson
SLW

Ruth Vogler
VIANOVA Eltern-Verein

Kathrin Zabernig
Diakonie de la Tour

Michael Berger
Blinden- und Seh-Behinderten-Verband Tirol

Martina Pixner-Huber
HPE Tirol

## Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr im Großen Saal, Landhaus 1

## Begrüßung:

Der Leiter des Umsetzungs-Teams begrüßt
die Sitzungs-Teilnehmenden.
Er stellt auch Julia Kantschieder vor.
Julia Kantschieder ist
die neue Koordinatorin
zur Umsetzung des Tiroler Aktion – Plans.

## Organisatorisches wird abgefragt und besprochen:

Die Sitzungs-Teilnehmenden werden aufgerufen.
Es wird geschaut, wer da ist.
Es wird auch aufgeschrieben wer nicht da ist.
Es wird festgestellt, wer als Vertretung da ist.

Es wird gefragt, ob die Tages-Ordnung passt.
Die Tages – Ordnung wurde mit
der Einladung mitgeschickt.

Von den anwesenden Teilnehmer und Teilnehmerinnen
gibt es auch noch Rückmeldungen und Kritik
zu dem Protokoll der 3. Sitzung.
Der Leiter des Umsetzungs - Teams
entschuldigt sich dafür.
Er bittet die Teilnehmer und Teilnehmerinnen
die Rückmeldungen und Kritiken
per E- Mail zu schicken
damit das Protokoll ausgebessert werden kann.
Das Protokoll soll inhaltlich richtig sein,
damit man weiter arbeiten kann.

Zu Beginn des Umsetzung – Prozesses
vom Tiroler Aktions – Plan wurde ausgemacht,
dass die Protokolle in Einfacher Sprache geschrieben werden.
Es gibt Teilnehmer und Teilnehmerinnen
die das Protokoll in Einfacher Sprache aber nicht gut verstehen.
Der Leiter vom Umsetzungs – Team wird deswegen
mit den Leitern und Leiterinnen
der anderen Umsetzungs – Teams darüber reden,
ob nicht auch ein Protokoll in schwerer Sprache
zur Verfügung gestellt wird.

Es ist aber auch wichtig,
dass alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen wissen,
dass die Protokolle Ergebnis – Protokolle
und keine Wort – Protokolle sind.

Das Land Tirol muss schauen,
dass die UN- Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird.
Dafür gibt es den Tiroler Aktions – Plan.
Im Tiroler Aktions – Plan wird geschaut
wie die UN- Behindertenrechtskonvention in Tirol
umgesetzt werden kann.
Dafür werden die Maßnahmen besprochen,
die im Tiroler Aktions – Plan stehen.

Im Artikel 19 der UN- Behindertenrechtskonvention
steht zum Beispiel,
dass Menschen mit Behinderungen nicht
in „besonderen Wohn-Formen“ leben müssen.
Damit sind zum Beispiel Heime gemeint.
Menschen mit Behinderungen sollen
die Möglichkeit haben,
selbst zu entscheiden wo sie leben

Menschen mit Behinderungen sollen
in eigenen Wohnungen oder
in kleinen Wohn - Gemeinschaften leben.
Das nennt man De – Institutionalisierung.

Einige Vertreter und Vertreterinnen
fordern eine neue Diskussion über diese Regelung,
weil sie diese Regelung nicht gut finden.
Das sind zum Beispiel die Angehörigen
und Erwachsenen – Vertreter und Erwachsenen – Vertreterinnen
von Menschen mit Behinderungen.
Der Behinderten - Anwalt Kristof Widhalm stellt klar,
dass der Staat Österreich das umsetzen muss,
weil das so gesetzlich vorgegeben ist.
Die Angehörigen und die
Erwachsenen-Vertretung finden
die De – Institutionalisierung aber nicht immer gut.
Sie sagen,
dass Menschen mit Behinderungen selbst wählen sollen,
wo sie wohnen wollen ,
mit wem sie wohnen wollen,
und mit wie vielen Personen sie leben wollen.

Es wird gefordert,
dass die De – Institutionalisierung gestoppt werden soll.
Es müssen zuerst Voraussetzungen erarbeitet werden,
damit sich die Lebens-Situation
von Menschen mit Behinderungen
durch die De-Institutionalisierung nicht verschlechtert.
Es muss zum Beispiel darüber diskutiert werden,
welche Voraussetzungen es braucht,
damit die De-Institutionalisierung gut funktioniert
und dass die Wohn-Situation
für alle Menschen mit Behinderungen gut ist.
Darüber soll sich auch der Staat Österreich Gedanken machen.

Der Leiter des Umsetzungs-Teams stellt klar,
dass es nicht die Aufgabe der Umsetzungs – Teams ist
über die UN- Behindertenrechtskonvention grundsätzlich
zu diskutieren.

Damit der Übergang von
Heimen zu eigenen Wohnungen gut funktioniert
wird ein eigener Plan entwickelt.
Die Abteilung Inklusion und Kinder –und Jugend – Hilfe
ist hier zuständig.

Einige Teilnehmer und Teilnehmerinnen fühlen sich
in den bisherigen Sitzungen zu wenig gehört und anerkannt.
Sie sagen auch,
dass die Umsetzung der Maßnahmen zu langsam ist.
Damit sind sie nicht zufrieden.
Sie wollen mehr Transparenz und Überblick
zu den Maßnahmen.
Zum Beispiel wollen sie die Liste der Maßnahmen
und den genauen Zeit – Rahmen der Umsetzung.
Sie wollen auch wissen,
ob das Budget zur Umsetzung der Maßnahmen vorhanden ist.

Die Liste der Maßnahmen wird für die nächste Sitzung zugesagt.

## Wie geht es in der heutigen Sitzung weiter?

Es gibt viele Maßnahmen im Tiroler – Aktions - Plan.
Heute werden Maßnahmen
zu diesen Themen besprochen:
Selbstbestimmt Leben und Soziale Teilhabe
Wohnen
soziale Sicherheit und Armuts – Gefährdung,
Sexualität und Partnerschaft
und Partizipation in politischen Entscheidungs – Prozessen und Wahlen
Die Vertreterinnen und Vertreter
aus den zuständigen Abteilungen berichten
wie die Umsetzung der Maßnahmen
voran geht.
Nach einem jeden Bericht aus einer Abteilung
kann darüber diskutiert werden
Es können auch Anregungen eingebracht werden.

Abteilung: Inklusion und Kinder – und Jugend – Hilfe

Maßnahme:Überprüfung der Möglichkeit einer Härtefallregelung in der Kostenbeitrags- Verordnung

Das heißt:
Es soll eine eigene Regelung für Menschen geben,
die sich den Kosten-Beitrag für eine Leistung
nach dem Tiroler Teilhabe-Gesetz nicht leisten können.

Ergebnis der Diskussion:
Diese Maßnahme wird zur Zeit geprüft.
Bei Härte – Fällen soll der Kosten – Beitrag
eine bestimmte Summe nicht übersteigen.

Es ist auch wichtig,
dass Menschen mit Behinderungen wissen,
warum sie für Leistungen
nach dem Tiroler Teilhabe – Gesetz
einen Kosten – Beitrag zahlen
und wie viel sie zahlen müssen.

Abteilung: Wohnbau – Förderung

Maßnahme:
Ausrichtung von Gesetzen, Verordnungen und Förderungen des Landes auf das Ziel der Schaffung inklusiver Wohnformen.

Das heißt:
Bei Gesetzen, Verordnungen und Förderungen
des Landes-Tirol soll mehr darauf geachtet werden,
dass inklusive Wohnformen geschaffen werden.

Ergebnis der Diskussion:

Die Maßnahme ist in Bearbeitung.
Zum Beispiel müssen
gesetzliche Rahmen – Bedingungen geprüft werden.

Es muss geschaut werden,
ob zum Beispiel die Gemeinden dafür verantwortlich sind,
dass Wohn – Formen barrierefrei sein müssen.
Oder ob das vom Land vorgeschrieben wird.Ein gutes Beispiel ist hier
der Gemeinde – Aktions – Plan.
Zwei Gemeinden haben damit schon angefangen.
Die Gemeinden sind Thaur und Elmen.
Der Gemeinde – Aktions - Plan hängt
indirekt mit dem Tiroler Aktions – Plan zusammen.

Für die Prüfung der Barrierefreiheit
haben die Gemeinden Thaur und Elmen
zum Beispiel eine Check – Liste vom Land bekommen.Die Gemeinden sollen aber selbst schauen,
dass die Barrierefreiheit vorhanden ist.

## Abteilung: Wohnbau – Förderung

Maßnahme:
Zurverfügungstellung von Mietverträgen in Leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten, die in gemeinnützigen Wohnbauprojekten der Gemeinden leben.

Das heißt:
Die Miet-Verträge in Tiroler Gemeinde-Wohnbauten
soll es auch in leichter Sprache geben.

Ergebnis der Diskussion:

Diese Maßnahme ist eigentlich
für den Gemeinnützigen Wohnbau vorgesehen.
Die Abt. Wohnbau-Förderung stellt keine Verträge
in einfacher Sprache zur Verfügung.

Wenn jemand eine Wohnung
privat vermietet,
dann kann der Vermieter selbst entscheiden,
ob es den Miet – Vertrag in Leichter Sprache gibt.
Das Land Tirol kann hier
keine Vorgaben machen.
Aber es wird geschaut,
ob man private Vermieter
über diese Maßnahme informieren kann.

Es muss auch noch geprüft werden,
ob ein Miet – Vertrag in Leichter Sprache
rechts – kräftig ist.
Derzeit ist das nicht der Fall.

## Abteilung: Inklusion und Kinder – und Jugend – Hilfe

Maßnahme:
Verpflichtung zur Durchführung von regelmäßigen Schulungen und Workshops zur Intimsphäre und Sexualität von Menschen mit Behinderungen für das Personal in Einrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen leben. Die Durchführung der Schulungen und Workshops wird von der Aufsichtsbehörde überprüft.

Das heißt:
Es muss regelmäßige Schulungen und Seminare
für Betreuungs-Personal in Einrichtungen zur Intim-Sphäre und
zur Sexualität von Menschen mit Behinderungen geben.
Es wird kontrolliert,
ob die Seminare und Schulungen gemacht werden.

Ergebnis der Diskussion:

Es gibt schon Schulungen dazu.
Es wird auch überprüft,
ob das Betreuungs – Personal in Einrichtungen
diese Schulungen gemacht hat.
Man muss aber noch schauen,
wer in Zukunft die Schulungen anbietet
und wie die Schulungen finanziert werden.

Die Abteilung Inklusion und Kinder – und Jugend – Hilfe
hat dazu auch einen Qualitäts – Standard geschrieben.
Das ist der Qualitäts – Standard 8
der Tiroler Behinderten – Hilfe.
In dem Standard geht es um
Sexualität und Schutz vor Gewalt.
Zum Beispiel auch um Schutz vor sexueller Gewalt.
Dafür brauchen die Einrichtungen
der Behinderten – Hilfe auch Konzepte.
Die Abteilung Inklusion und Kinder – und Jugend – Hilfe
prüft,
ob die Einrichtungen diese Konzepte haben.

Der Qualitäts – Standard wurde
von der Arbeits – Gruppe Gewalt – Schutz geschrieben.

## Abteilung: Inklusion und Kinder – und Jugend – Hilfe

Maßnahme:
Verpflichtung zur Namhaftmachung einer:s (Sexual-) und Gewaltschutzbeauftragten in Einrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen leben.

Das heißt:
In jeder Einrichtung muss es einen Beauftragten
für Sexualität und zum Schutz vor Gewalt geben.

Ergebnis der Diskussion:
Diese Maßnahme ist auch ein Teil
vom Qualitäts – Standard 8
der Behinderten – Hilfe Tirol.
Es wird gerade daran gearbeitet.

Es gibt dazu noch eine Anmerkung
aus dem Umsetzungs – Team.
Der Bereich Sexualität und Partnerschaft
soll nicht immer mit Gewalt – Schutz
in Verbindung gesetzt werden.
Die beiden Begriffe müssen getrennt werden,
weil Gewalt – Schutz und Sexualität nicht
zusammengehören.
Das muss der Arbeits – Gruppe Gewalt – Schutz gesagt werden.

Es muss auch darüber nachgedacht werden,
warum in der Maßnahme steht,
dass nur eine Person
als Beauftragter oder Beauftragte genannt werden muss
und für beide Bereiche zuständig ist.
Also für Sexualität und Gewalt – Schutz.
Vielleicht werden auch zwei Personen benötigt.

Die Fragen der Ausbildung,
der Bezahlung und
der Bestellung der Personen sind noch offen.

## Abteilung: Gemeinde

Maßnahme:
Prüfung der Schaffung rechtlicher Möglichkeiten, damit Personen, die in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung oder Alten-, Wohn- und Pflegeheimen wohnen, sexuelle Dienstleistungen in Anspruch nehmen und so ihr Recht auf Sexualität ausüben können.

Das heißt:
Es muss geprüft werden,
wie man gesetzliche Möglichkeiten für
Menschen mit Behinderungen schaffen kann,
damit sie sexuelle Dienstleistungen bekommen können.
Auch wenn sie in einer Einrichtung wohnen.

Ergebnis der Diskussion:

Damit diese Maßnahme umgesetzt
werden kann,
muss das Landes – Polizei – Gesetz geändert werden:
Die Abteilung Gemeinde klärt das ab und arbeitet an einem Vorschlag.

Man muss auch schauen,
wie die finanzielle Unterstützung ausschauen kann,
damit Menschen mit Behinderungen
sexuelle Dienstleistungen bekommen.

## Abteilung: Öffentlicher Gesundheits - Dienst

Maßnahme:
Bewusstseinsbildung zu Sexualität und Partnerschaft von Menschen mit Behinderungen in Form einer Enquete oder eines Kongresses. Bezug genommen wird unter andrem auf das Menschenrecht auf Partnerschaft und Sexualität, Ausleben der Sexualität, sexuelle Gewalt, Verhütung und Schwangerschaftswunsch. Entsprechendes Werben um Unterstützung für Menschen mit Behinderungen in all diesen Belangen.

Das heißt:
Es soll Bewusstseins-Bildung zu Sexualität und Partnerschaft
von Menschen mit Behinderungen stattfinden.
Alle Menschen sollen wissen:

• Menschen mit Behinderungen haben dasselbe Recht
 auf Sexualität und Partnerschaft,
 wie Menschen ohne Behinderungen.
• Menschen mit Behinderungen
 müssen vor sexueller Gewalt besonders geschützt werden.
• Menschen mit Behinderungen sollen die gleichen Möglichkeiten
 für Schwangerschaft und Verhütung haben.

Zur Bewusstseins-Bildung soll es auch
eine wissenschaftliche Umfrage und
eine Tagung mit Fachleuten geben.

Ergebnis der Diskussion:

Es haben schon Gespräche
zu dieser kurzfristigen Maßnahme stattgefunden.
Die Maßnahme ist aber noch in Bearbeitung.
Man muss noch klären,
wer das machen kann.

## Abteilung: Abteilung Soziales

Maßnahme:
Laufende, zielorientierte Schulungen ausgewählter Angestellter auf den Bezirkshauptmannschaften, damit diese einen Überblick über die unterschiedlichen Angebote des Landes (u.a. in den Bereichen Behindertenhilfe, Herstellung baulicher Barrierefreiheit, Hilfsmittel, Förderungen, aber auch nicht behindertenspezifische Leistungen) bekommen. Das Ziel ist, eine unabhängige und umfassende Beratung auf den Bezirkshauptmannschaften zu etablieren, die sicherstellt, dass Menschen mit Behinderungen ausreichend Information darüber bekommen, welche Leistungen sie von welcher Stelle in Anspruch nehmen können.

Das heißt:
Es soll Schulungen für
Angestellte der Bezirks-Hauptmannschaften geben,
damit Menschen mit Behinderungen leichter einen Überblick
über die Angebote des Landes Tirol bekommen.
Dadurch kann es auf den Bezirks-Hauptmannschaften
auch mehr Beratung für Menschen mit Behinderungen geben.

Ergebnis der Diskussion:

Es gibt Schulungen vor Ort
an den Bezirks – Hauptmannschaften.

Es gibt jetzt auch die sogenannte Förder –Tour.
Es gibt für jeden Bezirk
einen extra Termin.
Für die Förder – Tour arbeiten
Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
vom Land Tirol von verschiedenen Abteilungen zusammen.

Die Förder –Tour ist nicht nur
für Menschen mit Behinderungen.
Bei der Förder – Tour können sich
alle Menschen informieren.
Zum Beispiel zu Themen
aus der Behinderten – Hilfe
oder zu Themen aus der Wohnbau – Förderung.

Hier ist die Internet – Seite dazu:
https://www.tirol.gv.at/buergerservice/das-land-tirol-auf-foerdertour/

Wenn die Förder – Tour in allen Bezirken war,
dann wird ein Gesamt – Konzept dazu geschrieben.

## Abteilung: Inklusion, Kinder- und Jugendhilfe (vorläufig)

Maßnahme:
Evaluierung wie viele Menschen mit Behinderungen in politischen Gremien in Tirol auf Landesebene und kommunaler Ebene vertreten sind.

Das heißt:
Es soll geschaut werden
wie viele Menschen mit Behinderungen sind in Tirol
beim Land und in den Gemeinden in einem politischen Amt?

Ergebnis der Diskussion:

Wenn man die Maßnahme so umsetzen will,
dann wird der Daten – Schutz verletzt.
Deswegen muss diese Maßnahme umformuliert
oder gestrichen werden.
Wenn Menschen in einem politischen Amt arbeiten
müssen sie nicht sagen,
ob sie eine Behinderung haben oder nicht.
Wenn ein Mensch mit Behinderung das nicht sagt,
dann kann das auch nicht erfasst werden.

Das Land Tirol darf
diese Frage auch nicht stellen.
Die Umsetzungsteam - Leitung schlägt vor,
diese Maßnahme aus dem TAP zu streichen,
da sie so nicht umsetzbar ist.

Maßnahmen aus dem Bereich
Partizipation in politischen Entscheidungs – Prozessen und Wahlen
werden bei der nächsten Sitzung besprochen.

Der Leiter vom Umsetzungs – Team wird dafür
aber schon mit dem Verfassungs – Dienst reden.
Man muss nämlich klären,
wie Menschen mit einer schweren Behinderungen
wählen können.
Jeder Mensch hat das Recht wählen zu gehen.
Aber es gibt Menschen mit Behinderungen
die das nicht alleine können.
Oder es gibt Menschen mit Behinderungen,
die nicht reden können.
Dann macht der Assistent oder die Assistentin
das Kreuz bei der Wahl dort,
wo der Assistent oder die Assistentin glaubt,
dass der Mensch mit Behinderung das
auch dort machen möchte.

## Vortrag der Universität Innsbruck Die Abteilung Wohnbau – Förderung hatgemeinsam mit der Universität Innsbruck;Institut für Geographie,eine Studie zum Thema Wohn - Bedarf gemacht.Die Unterlagen zu der Studie werden mit dem Protokoll mitgeschickt.

## Sonstige Punkte:

## Die kurzfristigen Maßnahmensollen 2024 abgeschlossen seinDer Leiter vom Umsetzungs – Teamwird sich erkundigen,ob das bei der Budgetierung 2023 mitgedacht wurde.Alle Abteilungen vom Land Tiroldie beim Tiroler Aktions – Plan mitarbeitenmüssen dem Landes – Amts – Direktor schreiben,wie viel Geld im Jahr 2025 benötigt wird,damit die Maßnahmen umgesetzt werden können.

Es werden gerade alle Maßnahmen
aus dem Tiroler Aktions – Plan gesammelt,
bei denen der Bund zuständig ist.
Der Bund soll dann die Maßnahmen so anpassen,
dass das Land Tirol
damit weiter arbeiten kann.

Eine Teilnehmerin berichtet noch,
dass die Besprechung mit dem Bürgermeister der Stadt Innsbruck
zum Thema Stadt - Wohnungen
noch nicht stattgefunden hat.
Deswegen gibt es in diesem Bereich noch
keine Erleichterung für Menschen mit Behinderungen.
Menschen mit Behinderungen müssen zum Beispiel
auch sehr lange warten,
bis sie eine passende Stadt – Wohnung bekommen.

## Ausblick auf die nächste Sitzung und VerabschiedungDie Leitung des Umsetzungs-Teams bedankt sich für die Teilnahme an der Sitzung und für die Mitarbeit.Wir haben bei der Sitzung leider nichtbei jeder Maßnahme über den aktuellen Umsetzungs – Stand reden können. Deswegen gibt es bald einen Zusatz –Termin.Bei dem Zusatz – Terminreden wir nochmal über die Maßnahmenund schauen uns dann gemeinsamden Umsetzungs – Stand an. Der Zusatz - Termin findet am**06. Mai** statt. Der nächste reguläre Terminfindet am 10. Juni 2024 statt.Bei diese Termin werden Maßnahmen aus den Themen – Bereichen„Reisen, Erholung, Freizeit/Sport und Kunst/Kultur“ besprochen.